Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/12/2013

über die öffentliche Sitzung des
Bau- und Planungsausschusses am 18.09.2013,
Rathaus, Sitzungszimmer 601

Beginn der Sitzung : 19:00 Uhr
Ende der Sitzung : 20:53 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Hartmut Möller

Stadtverordnete

Frau Carola Behr
Herr Rafael Haase
Frau Anna-Margarete Hengstler
Herr Dirk Langbehn
Frau Monja Löwer
Frau Susanne Philipp-Richter

i. V. f. StV Hansen

Bürgerliche Mitglieder

Herr Waldemar Genergardt
Herr Uwe Graßau

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Thomas Bellizzi
Frau Karen Schmick
Herr Eckehard Knoll

Stellv. Ausschussmitglied
(BM)/öffentl. Teil
Seniorenbeirat/öffentl. Teil
Behindertenbeirat/öffentl. Teil
Kinder- und Jugendbeirat/öffentl.
Teil

Herr Andreas Puk
Herr Claus Steinkamp
Frau Mandy Florczik

Sonstige, Gäste

Herr Stefan Luft

urbanus GbR; zu TOP 11

Verwaltung

Herr Michael Sarach
Frau Andrea Becker
Herr Andreas Schneider
Herr Ulrich Kewersun

Protokollführer

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Jörg Hansen

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Festsetzung der Tagesordnung
3. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 11/2013 vom 04.09.2013
4. Ablösungsvereinbarung zum Quartiersplatz im Erlenhof-Süd **2013/098**
5. Städtebaulich-hochbaulicher Wettbewerb zur Bebauung des städtischen Grundstücks Lindenhof **2013/089**
 - Beschluss des Auslobungstextes inklusive zugehöriger Anlagen
6. Lindenhof **2013/052**
 - Städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BauGB
7. Eintragung des Ahrensburger Rathauses in das Denkmalsbuch
 - Sach- und Verfahrensstand
8. Städtebauförderungsprogramm
 - Interessenbekundungsverfahren
9. Kenntnisnahmen
- 9.1 Entscheidungsfindung zum Stadtverkehr Ahrensburg (Linienbus)
- 9.2 Wegestrecken zu den Bushaltestellen im Umfeld des Rosenhofes V
- 9.3 Überprüfung der Angemessenheit der Kostenbelastung der SEA für städtische Oberflächenwasserentsorgung
10. Verschiedenes
- 10.1 Baugerüst Rathausplatz 25
- 10.2 Zustand ehemalige Tankstelle Reeshoop
- 10.3 Schaltung der Lichtsignalanlage am Knoten Reeshoop/Bei der Doppeleiche
- 10.4 Stockender Baufortschritt beim Bauvorhaben Bünningstedter Str. 7
- 10.5 Ausgefallene Fußgängerrampe Hagener Allee/Bargenkoppelredder

- 10.6 Verkehrssicherungspflicht auf öffentlichen Gehwegen
- 10.7 Beseitigung von Schäden im Umfeld der Brücke Bahnhof Gartenholz
- 10.8 BPA-Sitzung am 23.10.2013 prüfen
- 10.9 Wiederaufnahme des Berichtscontrolling im BPA
- 11. Verkehrsgutachten Kornkamp-Süd

1. Einwohnerfragestunde

Auf Nachfrage von **Herrn Mächler** bestätigt die Verwaltung, dass die verkehrstechnische Untersuchung zum Bauprojekt „Lindenhof“ bereits separat im BPA beraten worden ist, Bestandteil des Auslobungstextes werden soll und nachzulesen ist in Anlage 2 der Vorlagen-Nr. 2013/089, handschriftliche Seite 31, die heute auch zur Einsichtnahme ausliegt.

Auf Wunsch des **Herrn Harro Timm** werden dessen beim Vorsitzenden eingereichten Fragen verlesen und als **Anlage** diesem Protokoll beigelegt. Der Vorsitzende bittet, auch die Antwort der Verwaltung zu gegebener Zeit dem Ausschuss zur Kenntnis zu geben.

Keine weiteren Fragen.

2. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende bezieht sich auf die in der Einladung vom 05.09.2013 vorgeschlagene Tagesordnung und die angekündigte Empfehlung, die Tagesordnungspunkte 12 bis 13 in nicht öffentlicher Sitzung zu beraten, da überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner es erfordern.

Berechtigte Interessen einzelner sind in aller Regel bei Einzelbauvorhaben (vgl. TOP 12) tangiert. Die Angelegenheit ist aber gemäß § 35 Abs. 1 Satz 2 GO in öffentlicher Sitzung zu behandeln, wenn die Personen, deren Interessen betroffen sind, dies schriftlich verlangen oder hierzu schriftlich ihr Einverständnis erklären; dieses ist hier nicht der Fall.

Ohne Aussprache wird anschließend über den entsprechenden Antrag des BPA-Vorsitzenden auf Ausschluss der Öffentlichkeit bei den genannten Tagesordnungspunkten abgestimmt. Der Bau- und Planungsausschuss stimmt einstimmig und insofern mit der gemäß § 46 Abs. 8 der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitglieder zu.

Nachdem der Vorsitzende auf seinen der Einladung beigelegten Hinweis verwiesen hat, wonach die Tagesordnungspunkte 5 und 6 lediglich beraten werden sollen, da die Stadtverordnetenversammlung noch nicht abschließend über die Grundstücksangelegenheit entschieden hat, greift ein Ausschussmitglied diesen Verfahrensvorschlag auf und stellt den **Antrag**, auch bereits in der heutigen Sitzung bei diesen beiden Tagesordnungspunkten abschließende Entscheidungen treffen zu können.

Über den **Antrag** wird wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:	3 dafür
	5 dagegen
	1 Enthaltung

Damit bleibt es bei einer Beschränkung auf die Beratung.

Ansonsten gibt es keine Änderungswünsche zur vorgeschlagenen Tagesordnung.

Im Laufe der Sitzung kommt man einvernehmlich überein, die Beratung des „Verkehrsgutachtens Kornkamp-Süd“ erst nach den Tagesordnungspunkten „Kenntnisnahmen“ und „Verschiedenes“ als neuen TOP 11 zu behandeln.

3. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 11/2013 vom 04.09.2013

Im Rahmen der Protokollgenehmigung werden zwei Aspekte richtiggestellt:

1. In Bezug auf den vorletzten Absatz zu TOP 17.2 (vgl. handschriftliche Seite 41) erinnern Ausschussmitglieder an die noch ausstehende Information, welchem Zweck das Anhörungsverfahren zur angedachten Eintragung des Ahrensburger Rathauses in das Denkmalsbuch hat. Man kommt überein, diese ergänzende Information über eine Anmerkung zu dem Protokoll über die heutige Sitzung nachzureichen.
2. Die „ergänzende Stellungnahme der Stadt zur Vorentwurfsplanung des S4-Projektes“ ist unter TOP 14.1 bekannt gegeben und auf den handschriftlichen Seiten 27 und 28 des Protokolls abgedruckt worden. Auf den Hinweis von Ausschussmitgliedern, dass es sich nicht um bloße Anregungen der Stadt handelt, stellt die Verwaltung klar, dass sie lediglich die Möglichkeit habe, zur Vorentwurfsplanung eine Stellungnahme abzugeben. Darüber hinaus sind dem Anschreiben sämtliche Protokollauszüge der hiermit befassten Ausschüsse beigefügt worden, denen die LVS Schleswig-Holstein genauestens das aktuelle Meinungsbild der städtischen Gremien entnehmen kann.

Keine weiteren Anmerkungen zum Protokoll; dieses gilt damit als genehmigt.

Anmerkung der Verwaltung:

Da das „Gesetz zum Schutz der Kulturdenkmale im Lande Schleswig-Holstein (Denkmalschutzgesetz – DSchG)“ keine Vorschriften enthält über eine Anhörung im weiteren Umfang, greift im vorliegenden Fall die allgemeine Vorschrift des § 87 Landesverwaltungsgesetz (LVwG). Dieser lautet in Absatz 1: „Bevor ein Verwaltungsakt erlassen wird, der in Rechte einer oder eines Beteiligten eingreift, ist dieser oder diesem Gelegenheit zu geben, sich zu den für die Entscheidung erheblichen Tatsachen zu äußern“.

Dieses Verfahren dient nicht nur dem Rechtsschutz, sondern soll unter Einbeziehung der Beteiligten auch eine möglichst richtige Entscheidung gewährleisten. Die Stadt kann zu den vom Landesamt für Denkmalpflege Schleswig-Holstein im Schreiben vom 23.07.2013 (vgl. Anlage zur nicht öffentlichen Vorlagen-Nr. 2013/106) vorgebrachten Tatsachen, die zur Eintragung in das Denkmalsbuch führen könnten, Stellung nehmen. Form und Inhalt dieser Stellungnahme sind zunächst nicht begrenzt, sollten sich sinnvollerweise jedoch auf die Darstellung/Schilderung des beschriebenen Bauwerkes - hier Rathauses - und dessen fachlicher Beurteilung beziehen. Rein kommunalpolitisch und fiskalisch geprägte Aspekte können zwar vorgebracht werden, dürften aber nur dann und insoweit in die Entscheidungsfindung des Landesamtes einfließen, wie sie für die Gesetzes- und Rechtslage maßgeblich sind.

4. Ablösungsvereinbarung zum Quartiersplatz im Erlenhof-Süd

Die Verwaltung erläutert die Vorlage mit den in den Planrealisierungsverträgen und dem Erschließungsvertrag bisher ausgesparten Regeln zur Nutzung des Quartiersplatzes. Hierbei werden insbesondere drei Punkte näher erläutert:

- Wie die Grundstückseigentümerin realistisch dargestellt hat, könnte die im B-Plan Nr. 92 ermöglichte bzw. festgesetzte bauliche Nutzung zu einem Bedarf an Kfz-Stellplätzen von 141 Stück führen. Abzüglich der eingeplanten Tiefgaragenebene mit rund 52 Stellplätzen und der Begrenzung auf dem östlichen Grundstücksteil auf max. 25 Stellplätze verbleibt ein bisher nicht gedeckter Bedarf von fast 65 Kfz-Stellplätzen; hiervon sieht der Vertrag nur die Ablösung von 49 Stück vor.
- Die laufenden Ausgaben für den Betrieb und die Unterhaltung des Quartiersplatzes, der sowohl die beiden Parkplatzflächen als auch den westlich gelegenen Mehrzweckplatz umfasst, wurden langfristig auf rund 13.500 € jährlich geschätzt. Zuzüglich Unwägbarkeiten und des Overheads einigte man sich in den Verhandlungen auf einen pauschalen Erstattungsbetrag von 20.000 €, wobei dieser Betrag mit einer Preisgleitklausel versehen wurde. Die Einnahmen sind stark von der gewerblichen Nutzung im Umfeld der Parkplätze abhängig, zumal sie etwas entfernt liegen vom geplanten Zugang in den angedachten Verbrauchermarkt.
- Die Verwaltung weist auch angesichts der vertraglich angedachten Zeiten der Parkraumbewirtschaftung darauf hin, dass die in der Verkehrsaufsicht angesiedelte Überwachung des Quartiersplatzes beim jetzigen Personalstand nicht ohne Einschränkungen des Innenstadtbereiches sichergestellt werden kann.

Anschließend werden diverse Verständnisfragen geklärt. Würde die Vertragslaufzeit vorzeitig enden, wäre der Standardfall gegeben. Danach hätte die Stadt diese im B-Plan Nr. 92 als öffentliche Flächen dargestellten Grundstücksteile - wie bei öffentlichen Straßen und Grünanlagen üblich - zu unterhalten und die Verkehrssicherungspflicht allein zu übernehmen. Man würde zwar die nunmehr ausgehandelten Einnahmen verlieren, wäre hinsichtlich der Nutzung dieses Platzes aber wieder frei und allein den Regeln des Straßen- und Wegerechts unterworfen.

Mehrheitlich halten die Mitglieder des BPA die gefundene Lösung für sinnvoll und für beide Vertragsparteien gewinnbringend. Der Vertrag sehe zudem an zehn Wochenenden des Jahres die Nutzung durch die Stadt selbst oder für Großveranstaltungen im Umfeld vor.

**5. Städtebaulich-hochbaulicher Wettbewerb zur Bebauung des städtischen Grundstücks Lindenhof
- Beschluss des Auslobungstextes inklusive zugehöriger Anlagen**

Bereits zu Beginn der Ausschusssitzung ist ein am Nachmittag des 18.09.2013 eingereichter Antrag der FDP-Fraktion zur Änderung des Auslobungstextes verteilt worden, der im Ratsinformationssystem unter der Bezeichnung **AN/037/2013** eingestellt worden ist und in Papierform am 19.08.2013 an die Gremien verteilt wird. Die acht Einzelpunkte werden kurz vom Antragsteller begründet.

Des Weiteren verweist die Verwaltung auf die Vorstellung des Auslobungstextes Lindenhof in den BPA-Sitzungen am 17.04.2013 (vgl. Protokoll Nr. 6/2013; TOP 6, handschriftliche Seiten 16 bis 22) und 07.08.2013 (vgl. Protokoll Nr. 9/2013; TOP 13.1, handschriftliche Seiten 36 bis 39).

Auf Nachfrage wird klargestellt, dass für die Stadtverordnetenversammlung am 23.09.2013 eine aktualisierte Vorlagen-Nr. 2013/026/4 über einen möglichen Verkauf des Lindenhof-Grundstückes fertiggestellt wurde, nachdem der Vertrag einer ergänzenden rechtlichen Prüfung unterzogen worden ist.

Wie die Verwaltung auf Verständnisfrage berichtet, sind nördlich des Lindenhof-Grundstückes weiterhin zwei Nebenanlagen südlich der Fahrbahn des Woldenhorn vorgesehen, sodass Fußgänger und Radfahrer sowohl die Trogstrecke in Richtung Manhagener Allee nutzen können als auch auf direktem Wege zur Brücke in der Hagener Allee über den Woldenhorn gelangen können.

Zum Auslobungstext werden keine weiteren Fragen gestellt.

6. Lindenhof
- Städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BauGB

Wie die Verwaltung klarstellt, müsste in dem vor rund einem Monat entworfenen Städtebaulichen Vertrag gegebenenfalls der Verfahrensstand aktualisiert werden.

Ein Ausschussmitglied weist darauf hin, dass die Projektgesellschaft sich zwar zur Übernahme sämtlicher Kosten für die Durchführung des Wettbewerbes verpflichtet, dieses jedoch entsprechend des derzeit zur Abstimmung stehenden Grunderwerbsvertrages (vgl. Vorlagen-Nr. 2013/026/4) direkten Einfluss auf den Kaufpreis habe.

Des Weiteren wird darum gebeten, im Entwurf des Städtebaulichen Vertrages die hier in der Präambel textlich genannte Straßenverkehrsfläche in einer Größe von rund 1.400 m² in der Anlage 1 dieses Vertragsentwurfes konkret darzustellen.

Es werden keine weiteren Aspekte angesprochen.

7. Eintragung des Ahrensburger Rathauses in das Denkmalsbuch - Sach- und Verfahrensstand

Die Verwaltung bezieht sich auf den Bericht in der BPA-Sitzung am 04.09.2013. Auf Grundlage der nicht öffentlichen Vorlagen Nr. 2013/106 hat der Finanzausschuss am 09.09.2013 mehrheitlich der Stadtverordnetenversammlung folgende Empfehlung ausgesprochen:

Für die Erstellung eines Gutachtens zur möglichen Eintragung des Ahrensburger Rathauses in das Denkmalsbuch werden überplanmäßig gem. § 95 d GO SH 20.000 € bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch Gewerbesteuerermehreinnahmen.

Dementsprechend wurde das Landesamt für Denkmalpflege Schleswig-Holstein schriftlich gebeten, die Frist für die Abgabe einer Stellungnahme im Anhörungsverfahren zur geplanten Eintragung des Ahrensburger Rathauses in das Denkmalsbuch nochmals zu verlängern; während bisher der 20.09.2013 gilt, kann eine gutachterliche Beratung erst im November 2013 abgeschlossen werden.

Wie die Verwaltung telefonisch erfahren hat, soll die Frist wahrscheinlich bis Ende Oktober 2013 verlängert werden.

8. Städtebauförderungsprogramm - Interessenbekundungsverfahren

Die Verwaltung nimmt Bezug auf den in Form eines ausführlichen Vermerkes am 21.08.2013 im BPA gehaltenen Bericht über aktuelle Städtebauförderungsprogramme und mögliche Projekte (vgl. BPA-Protokoll Nr. 10/2013; TOP 10.1 bzw. handschriftliche Seiten 25 ff.). An diese wird stichwortartig erinnert:

1. Soziale Stadt – Investitionen im Quartier

Kein Projektvorschlag

2. Aktive Stadt- und Ortsteilzentren

a) Nördliche Innenstadt – Große Straße Nord, Alter Markt, Bei der Alten Kate

b) Hamburger Straße – Innenstadtteil vom Rondeel bis zum AOK-Knoten

- c) Rund um den ehem. Gutshof – Speicher hinterm Marstall, Kertzsche Speicher und Ergänzung der nördlichen Platzanlage
 - d) Stadteingang West als Ortsteilzentrum – Kulturelles Zentrum Rohrbogenwerk
 - e) Rathausplatz
3. Städtebaulicher Denkmalschutz
- a) Nördliche Innenstadt – Große Straße Nord, Alter Markt, Bei der Alten Kate
 - b) Schlosspark – „Schlossviertel“
 - c) Rund um den ehem. Gutshof – Speicher hinterm Marstall, Kertzsche Speicher und Ergänzung der nördlichen Platzanlage

Auf die Rückmeldung aus der Kommunalpolitik hin hat die Stadt gegenüber dem Innenministerium Schleswig Holstein fristgerecht zum 31.08.2013 zunächst ihr Interesse bekundet.

Daraufhin dürfte im Herbst dieses Jahres eine gemeinsame Erörterung und gegebenenfalls Ortsbesichtigung der Projektquartiere stattfinden. Hierüber wird die Stadtplanung rechtzeitig vorher schriftlich berichten, wobei der Bericht dann auch mit umfasst bei den in Frage kommenden Maßnahmen eine genauere Projektbeschreibung mit einer ersten groben Kostenschätzung wohl wissend, dass die städtischen Eigenmittel angesichts der aktuellen Haushaltslage stark begrenzt sind.

Nach einer ersten Rückmeldung des Innenministeriums sind dort - bedingt auch durch die offene Formulierung der Förderprogramme - viele Interessenbekundungen eingegangen.

Der BPA nimmt Kenntnis.

9. Kenntnisnahmen

9.1 Entscheidungsfindung zum Stadtverkehr Ahrensburg (Linienbus)

Die Verwaltung bezieht sich auf den Verfahrensstand zur Beauftragung einer gutachterlichen Stellungnahme zum Busverkehr innerhalb des Stadtgebietes, über den in der BPA-Sitzung am 04.09.2013 berichtet worden ist – vgl. TOP 14.3 des Protokolls Nr. 11/2013.

Wie nunmehr ergänzend informiert werden kann, hat der Kreis in seiner Sitzungsvorlage 2013/1917-1 mit dem Titel „Ausschreibungen der Teilnetze Ahrensburg [...]“ neben der Empfehlung für den am 23.09.2013 tagenden Verkehrsausschuss (VA), ab Dezember 2014 das Neubaugebiet Erlenhof mit zu bedienen, Folgendes zur Linie 576 ausgeführt:

„Die Beratungen innerhalb der Stadt Ahrensburg sind noch nicht abgeschlossen. Dies hängt damit zusammen, dass im Rahmen der politischen Diskussion vor Ort generelle Fragestellungen aufgetaucht sind, die sich auch mit dem Thema Stadtbuskonzept befassen. Derzeit findet eine gutachterliche Bewertung dieser Ideen statt, zu denen u. a. auch die Linienführung der Linie 576 zählt. Aufgrund der Tatsache, dass das Netz Ahrensburg als letztes der drei auszuschreibenden Netze veröffentlicht werden soll (vermutlich im Januar 2014), soll eine abschließende Entscheidung zu dieser Buslinie im VA am 06.11.2013 stattfinden. Planerisch ist diese zeitliche Vorgabe für die Ausschreibung akzeptabel.“

Diese zeitliche Vorgabe wird ebenso zur Kenntnis genommen wie die ebenfalls im VA vertagte Entscheidung über eine Taktverdichtung auf der Linie 476.

9.2 Wegestrecken zu den Bushaltestellen im Umfeld des Rosenhofes V

Die Verwaltung bezieht sich auf die in der BPA-Sitzung am 21.08.2013 thematisierte und im Protokoll Nr. 10/2013 unter TOP 8 wie folgt festgehaltene Angelegenheit:

Mehrere Ausschussmitglieder und ein Vertreter des Seniorenbeirates fordern die Verantwortlichen auf, nach Alternativen zu suchen für die Bedienung der Haltestelle Rosenhof in der Lübecker Straße durch die Buslinie 569, da ihres Erachtens die Bedingung des Neugebietes Erlenhof-Süd nicht dazu führen dürfe, an dieser beidseitigen Haltestelle nur noch den Regionalbus 8110 halten zu lassen und ansonsten auf den längeren barrierefreien Weg zur Haltestelle in der Haupterschließungsstraße des Erlenhof-Süd zu verweisen.

Hierzu fand am Nachmittag des 04.09.2013 auch eine vom Behindertenbeirat initiierte Ortsbesichtigung auf dem Gelände des Rosenhofs V statt, wobei festgestellt wurde, dass die Notausgänge im Norden der Seniorenwohnanlage nicht geeignet sind, um auf kurzem Wege die Haltestelle im Neubaugebiet Erlenhof-Süd (in der Planstraße A südlich des Quartiersplatzes) zu erreichen, da der Zugang ausschließlich über die Rezeption im Süden des Baukomplexes erfolgen soll. Hierauf aufbauend wurden drei fußläufige Strecken wie folgt vermessen:

1. Vom Ein-/Ausgang südlich der Rezeption zur heute existierenden Haltestelle „Rosenhof“
ca. 177 m
2. Vom Ein-/Ausgang südlich der Rezeption über die heutige Zufahrt des Rosenhofes und die Lübecker Straße zur Haltestelle im Erlenhof-Süd, Planstraße A
ca. 431 m
3. Vom Ein-/Ausgang nördlich der Rezeption über den Innenhof des Rosenhofes und den neu herzustellenden barrierefreien Weg im Grünzug zur Lübecker Straße sowie von dort zur Haltestelle im Erlenhof-Süd, Planstraße A
ca. 330 m

Der Weg zur geplanten Haltestelle im Erlenhof würde sich gegenüber der heutigen Situation um rund 150 m auf ca. 330 m verlängern; dieses gilt allerdings nur für die Linie 569 nicht für die Regionalbuslinie 8110, die weiterhin die Haltestellen in der Lübecker Straße bedient.

9.3 Überprüfung der Angemessenheit der Kostenbelastung der SEA für städtische Oberflächenwasserentsorgung

Die Verwaltung nimmt Bezug auf den Antrag AN/034/2013 der WAB-Fraktion zur Ergänzung der Beschlussvorlagen-Nr. 2013/101, die bereits in der Sitzung des Finanzausschusses am 09.09.2013 unter TOP 8 thematisiert worden ist. Hier ging es im Kern um die Frage, weshalb im Verhältnis der Straßenflächen zu den gesamten versiegelten Fläche im Stadtgebiet von der Stadt ein höherer Anteil der Kosten für die Oberflächenentwässerung zu zahlen ist.

Ergänzend zur „Ermittlung kostendeckender Benutzungsgebühren“ hat die WIBERA hierzu mit Schreiben vom 06.09.2013 Stellung genommen. Dieses Schreiben ist dem Protokoll als **Anlage** beigefügt, da das Budget des BPA von der Auszahlung tangiert ist; für das Jahr 2013 sind voraussichtliche Kosten von 856.272 € ermittelt worden.

Der Hauptgrund für dieses Ergebnis ist darin zu sehen, dass die Investitionen für die Niederschlagswasseranlagen im Bereich der Grundstücksentwässerung zu einem größeren Anteil über Kanalanschlussbeiträge refinanziert werden, während die Stadt dieses im Bereich der Straßenentwässerung über Baukostenzuschüsse nur in einem geringen Umfang macht. Dieses hat zur Folge, dass in der Straßenentwässerung das gebundene Kapital und damit die absoluten Zinsen höher ausfallen.

10. Verschiedenes

10.1 Baugerüst Rathausplatz 25

Ein Ausschussmitglied erinnert an die unbefriedigend lange Verweildauer des Baugerüstes vor dem Gebäudeteil Rathausplatz 25; wie zuletzt in der BPA-Sitzung am 07.08.2013 (vgl. Protokoll Nr. 9/2013; TOP 9.14) berichtet, sollten die Arbeiten an der Fassade in der 35. Kalenderwoche wieder aufgenommen und voraussichtlich bis Ende September 2013 abgeschlossen werden.

Anmerkung der Verwaltung:

Aufgrund der zögerlichen Wiederaufnahme der Bauarbeiten könnte sich die Fertigstellung und damit auch der Abbau des Baugerüstes noch in den Oktober 2013 hineinziehen.

10.2 Zustand ehemalige Tankstelle Reeshoop

Ein Ausschussmitglied stört sich am Zustand der ehemaligen Tankstelle auf dem Eckgrundstück Reeshoop/Hermann-Löns-Straße, die zwar abgesperrt ist, angesichts des rückwärtigen Netto-Marktes und der Nähe zur viel befahrenen Einfallstraße jedoch abgerissen werden sollte.

Die Verwaltung sagt eine Prüfung durch die Bauaufsicht zu.

10.3 Schaltung der Lichtsignalanlage am Knoten Reeshoop/Bei der Doppel-eiche

Ein Ausschussmitglied bittet die Verwaltung, eventuell unter Einbeziehung des mit der Wartung beauftragten Unternehmens, die Lichtsignalanlage am Verkehrsknoten Reeshoop/Bei der Doppeleiche/Fritz-Reuter-Straße zu überprüfen, da ihm die Signalgebung einschließlich des gelben Blinklichtes für die Linksabbieger nicht plausibel erscheint. Die Verwaltung sagt die Prüfung und eine Rückmeldung zu.

10.4 Stockender Baufortschritt beim Bauvorhaben Bünningstedter Str. 7

Die Bautätigkeit bei dem Neubau des Mehrfamilienhauses auf dem nördlichen Eckgrundstück Steinkamp/Bünningstedter Straße scheint nach Beobachtung von Ausschussmitgliedern zu stocken.

Die Verwaltung sagt zu, sich diesbezüglich bei dem für den Bau Verantwortlichen zu erkundigen.

10.5 Ausgefallene Fußgängerampel Hagener Allee/Bargenkoppelredder

Ein Ausschussmitglied nimmt Bezug auf den Ausfall der Lichtsignalanlage Bargenkoppelredder/Bogenstraße/Hagener Allee, über den zeitnah in der BPA-Sitzung am 21.08.2013 (vgl. Protokoll Nr. 10/2013; TOP 10.3) berichtet worden ist. Auch die Information der nahegelegenen Stormarnschule sei vorbildlich gewesen.

Als unglücklich zu bewerten sei hingegen die Meldung in der örtlichen Presse. Es wird anheimgestellt zu versuchen, diese Darstellung in geeigneter Form zu präzisieren.

10.6 Verkehrssicherungspflicht auf öffentlichen Gehwegen

Nachdem die Verwaltung bestätigt hat, dass die Stadt bei Gemeindestraßen auch für die Nebenanlagen verkehrssicherungspflichtig ist, übergibt ein Sitzungsteilnehmer Fotos mit Unebenheiten auf dem Gehweg im Bereich Hagener Allee/Forsthof Hagen. Die Verwaltung sagt eine Überprüfung vor Ort zu.

10.7 Beseitigung von Schäden im Umfeld der Brücke Bahnhof Gartenholz

Wie von Sitzungsteilnehmern bemerkt wird, seien im Umfeld der Brücke Bahnhof Gartenholz größere Schäden zu verzeichnen. Offensichtlich habe jedoch eine Baufirma begonnen, die Reparaturen durch die Einrichtung einer Baustelle vorzubereiten.

Die Verwaltung bittet darum, sich wegen des Verfahrensstandes direkt mit dem hier zuständigen Fachdienst IV.3 Straßenwesen in Verbindung zu setzen.

10.8 BPA-Sitzung am 23.10.2013 prüfen

Wie bereits im BPA am 04.09.2013 festgestellt wurde, fällt der 3. Mittwoch im Oktober in die Herbstferien Schleswig-Holsteins. Von daher wird nochmals gebeten zu prüfen, ob am 23.10.2013 eine weitere Sitzung stattfinden könnte.

Anmerkung der Verwaltung:

Auf die Nachricht vom 19.09.2013 an die BPA-Mitglieder wird hingewiesen. Darin wird festgestellt, dass es am 23.10.2013 ab 19:00 Uhr keine erkennbaren terminlichen Überschneidungen gibt, sodass dieser optionale Termin im Session-Programm vorsorglich eingestellt wurde.

Ob eine Einladung tatsächlich erfolgt, wird dann Mitte der 41. Kalenderwoche anhand der zur Beratung anstehenden Themen und Vorlagen vom Vorsitzenden entschieden.

10.9 Wiederaufnahme des Berichtscontrolling im BPA

Ein Ausschussmitglied bittet mit Hinweis auf die Praxis in anderen Ausschüssen auch im BPA über die Umsetzung der gefassten Beschlüsse zu berichten (Stichwort: Controlling).

11. Verkehrsgutachten Kornkamp-Süd

Die Verwaltung erinnert in ihren einführenden Worten an die Vorstellung des Verkehrsgutachtens Kornkamp-Süd in der BPA-Sitzung am 04.09.2013 (vgl. Protokoll-Nr. 11/2013; TOP 14.2 einschließlich des dort in Auszügen als Anlage beigefügten Präsentation), an den anschließenden Meinungsaustausch über die örtliche Presse sowie die für heute angesetzte abschließende Aussprache. Begrüßt wird nochmals Herr Stefan Luft als Verfasser des Gutachtens, der auf Nachfrage klarstellt, dass der Folienvortrag basiert auf der verteilten „Verkehrliche Bewertung zur Ansiedlung des Fachmarktzentrums ‘Kornkamp-Park‘ im GE Beimoor-Süd“ vom 03.08.2013. Der Ausschussvorsitzende bittet darum, bei der Verteilung verschiedener Unterlagen zu einem Thema über das Ratsinformationssystem Session den Nutzerinnen und Nutzern die Möglichkeit zu bieten, diese durch die Form der Einstellung (Verknüpfung) bzw. der Stichwortwahl wiederzufinden.

In der Aussprache beziehen sich die Sitzungsteilnehmer auf die „Bewertung der verkehrlichen Auswirkungen und Fazit“ des Gutachtens; dieser Passus ist dem Protokoll nochmals als **Anlage 1** beigefügt. Insbesondere wird hier Bezug genommen auf die Aussage im vierten Absatz, wonach eine „labile Verkehrssituation“ entstehen dürfte mit der Konsequenz, dass Stauerscheinungen auch über längere Zeiträume auftreten werden und schon bei kleineren Verkehrsstörungen die Verkehrsqualität deutlich reduziert und damit die verkehrliche Erreichbarkeit der Stadt Ahrensburg, besonders des Gewerbegebietes Nord sowie des Gebietes Beimoor-Süd beeinträchtigt wird. Aufgrund dieser Kernaussage könnten im Rahmen der Bauleitplanverfahren zu den B-Plänen Nr. 88 a und b fachliche Stellungnahmen eintreffen, die nicht mehr ohne Weiteres abgewogen werden könnten ohne geplante Teilprojekte grundsätzlich oder von der Substanz her in Frage zu stellen.

In der darauf folgenden Beratung stellt Herr Luft fest, dass es für die Pkw-Fahrleistung unterschiedliche Szenarien gebe, grundsätzlich jedoch global von einer Stagnation ausgegangen werden kann. Aufgrund der konkreten Örtlichkeit in Ahrensburg und Umgebung müsse jedoch mit einer Zunahme gerechnet werden, zusätzlich zum strukturell bedingten erhöhten Lkw-Verkehr.

Verdeutlicht wird zudem, dass es sich bei der Verlagerung der drei Einzelhändler vom nördlichen Kornkamp nicht allein um eine Umsiedlung, sondern um Neubauten mit vergrößerten Verkaufsflächen handelt und das Fachmarktzentrum durch ein ergänzendes Möbelhaus abgerundet wird. Auch deshalb sei nicht von einem Status quo des Ziel- und Quellverkehrs auszugehen. Die Mitnahmeeffekte, das heißt der Einkauf von Kunden in mehreren dieser Geschäfte, sei im Gutachten mit statistischen Werten berücksichtigt.

Es gebe bei der Fehlertoleranz eine akzeptable Spannbreite der Prognosesicherheit. Hinsichtlich der Verkehrsspitzenzeiten sei generell eine Abflachung der morgendlichen Extremspitzen festzustellen zulasten einer Verlagerung in die späten Nachmittagsstunden.

Zu den Auswirkungen wird herausgearbeitet, dass die als labil bezeichnete Verkehrssituation nicht automatisch zu einem Zusammenbruch des Kfz-Verkehrs führen wird. Das Ausweichen auf andere Verkehrsmittel - insbesondere auf das Fahrrad und Linienbusse - sei jedoch bereits in den Verkehrsprognosen des Masterplanes Verkehr berücksichtigt. Die Erreichbarkeit des Gewerbegebietes Nord sowie des Beimoor-Süd würde sich jedoch erschweren, zumal in den Betrieben eine tendenzielle Rückkehr zu festen Arbeitszeiten zu verzeichnen ist.

Der Ausschuss stellt fest, dass das Fachmarktzentrum im Kornkamp-Süd für sich isoliert zwar akzeptabel ist, sogar die Straße Kornkamp spürbar entlasten könnte, jedoch wie bereits im Masterplan Verkehr bei der Prognose für das Jahr 2025 dargelegt, die Belastung im Bereich Beimoor/Ostring/Lübecker Straße weiter erhöhen und damit die Nordumgehung dringender machen würde. Diese Notwendigkeit basiere sowohl auf dem Neubaugebiet Erlenhof-Süd mit deren Kindertagesstätte als auch auf sämtlichen Flächen der Geltungsbereiche in den Bebauungsplänen Nrn. 82 und 88, die in absehbarer Zeit mit Verkehrsaufkommen belegt werden.

Zur Nordtangente vertritt ein Ausschussmitglied die Auffassung, dass die Planung wieder aufgegriffen werden müsse, zumal im Rahmen des S4-Projektes eine Zufahrtsstraße zur Erschließung der nördlich des Haltepunktes Ahrensburg-Gartenholz angedachten Werkhalle mit Abstellgleisen gebaut werden muss, auf deren Straßenverlauf die Stadt Einfluss nehmen sollte. Die Querung der Bahnstrecke Hamburg-Lübeck dürfe zudem keinesfalls be- oder verhindert werden durch die Infrastruktur der S4.

Die Verwaltung erwägt, die Bauleitplanverfahren zu den B-Plänen 88 a und b zusammenzufassen, um auch angesichts der Verkehrsproblematik von der isolierten Betrachtung einzelner Projekte abzuweichen. Auf die zeitliche Abwicklung der Bauleitplanung müsse dieses keinen Einfluss haben. Die Verwaltung kündigt die Erstellung einer entsprechenden Sitzungsvorlage an, in der alle Vor- und Nachteile dieses Vorgehens miteinander abgewogen werden.

Anmerkung der Verwaltung:

*Angesichts der Beratung im BPA und um Irritationen vorzubeugen, hat Herr Stefan Luft von der urbanus GbR nochmals eine Stellungnahme nachgereicht, die als **Anlage 2** beigefügt ist.*

gez. Hartmut Möller
Vorsitzender

gez. Ulrich Kewersun
Protokollführer